Nr. 530 Sonntags-Ausgabe
A 268

Vossische Berlin Zeitung

Sonntag, 8. November 1925
V

20 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vereint). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: „Musikblatt" — „Recht und Leben" — „Umschau in Technik und Wirtschaft" — „Für Reise und Wanderung" — „Literarische Umschau".

Wöchentlich 1,— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Red. (m. Ausn. d. Handelst.): i. V. Dr. Graf Montgelas, Berlin. Unverl. Manuskr. werd. nur zurückgesandt, wenn Porto beil.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Fanatiker der Diktatur

Von
Georg Bernhard

Ist jetzt die geeignete Zeit für persönliche Hexerei? Deutschlands Zukunft steht auf dem Spiel. Aber einzelne Kreise scheinen es für wichtiger zu halten, die Gelegenheit zu benutzen, um Stresemann zu diskreditieren oder Luther zu beseitigen. Es handelt sich jetzt wirklich nicht um Personen, sondern um die Sache, um eine bitterernste Sache. Und diese Sache erschöpft sich nicht damit, daß der Vertrag von Locarno verabschiedet werden soll. Denn dieser Vertrag gewinnt ja seine hauptsächliche Wichtigkeit erst dadurch, daß er für Deutschland den Weg ins Freie bedeutet. Erst auf der Grundlage des Locarneser Paktes kann Deutschland wieder die Freiheit gewinnen, um eine eigene deutsche Außenpolitik zu treiben. Die Unterzeichnung des Paktwerkes bedeutet daher nicht etwa das Ende, sondern den Anfang eines neuen Abschnittes deutscher Geschichte und Entwicklung. Und deshalb ist es notwendig, jetzt politische Verhältnisse im Reiche zu schaffen, auf Grund deren eine zukünftige Politik nach einheitlichen Gesichtspunkten auch dauernd getrieben werden kann.

*

In der deutschnationalen Agitation hat von jeher eine große Rolle die Verdächtigung gespielt, daß die Linksparteien zu viel auf das Urteil des Auslandes geben, daß lobende Erwähnung außerhalb der Landesgrenzen ihnen schmeichle, daß Drohungen von außen sie schrecken. Im Gegensatz zu dieser rein agitatorischen Stellungnahme gegenüber den politisch Andersgläubigen hat immer die tatsächliche Umschmeichelung alles Ausländischen durch die Deutschnationalen gestanden. In Paris und in London haben sich rechtsstehende Politiker unter Verwendung von Visitenkarten in englischer und französischer Sprache die erdenklichste Mühe gegeben, den Franzosen und Engländern klarzumachen, daß man Verträge mit Deutschland nur unter „deutschnationaler Garantie" mit Aussicht auf Erfolg schließen könne. Französische Journalisten haben in Berlin lange Unterredungen mit den Führern rechtsradikaler Organisationen gehabt. Sie sind entzückt von der Liebenswürdigkeit und von der wortreichen Toleranz dieser deutschvölkisch schillernden Persönlichkeiten in ihre französische Heimat zurückgereist. In Wirklichkeit hat kein linksstehender deutscher Politiker so schamlos um die Gunst der Ausländer gebuhlt. Und es ist ergötzlich, zu lesen, wie sich die deutschnationale Presse gerade jetzt wieder darauf beruft, daß England und Frankreich das größte Gewicht darauf legen, für die Verträge von Locarno die „Bürgschaft der Deutschnationalen" zu erhalten. Diese Behauptung ist nicht einmal unrichtig. Denn man hat in weiten Kreisen des Auslandes tatsächlich Bernunft und Charakter der Deutschnationalen erheblich überschätzt. Man hat ihre Führer für internationale Politiker von Rang gehalten. Maßgebende ausländische Kreise haben sich gesagt: „Wenn uns deutschnationale Männer, die das Wort von der deutschen Treue immer im Munde führen, versichern, daß sie bereit seien, Verständigungspolitik zu treiben, so werden sie ja auch ihre Politik dadurch einstellen. Sie werden ihr Wort halten. Wenn eine Regierung, wie sie durch das Kabinett Luther repräsentiert wird, dessen Hauptstütze deutschnationale Kräfte sind, in Locarno sich an einen Tisch mit französischen und englischen Staatsmännern setzt, dann werden die deutschnationalen Politiker auch hinter ihrer Regierung stehen. Dann bedeutet das einen Umschwung der bisherigen politischen Verhältnisse in Deutschland." Im Gegensatz zu dem, was die Deutschnationalen in ihrer Agitation behauptet haben, kommt es dabei dem Ausland nicht auf die schönen Augen der Deutschnationalen an, sondern darauf, daß die deutsche Regierung stark genug ist, um der von ihr inaugurierten Politik auch Geltung zu verschaffen. Wenn England und Frankreich überhaupt ein in die innerdeutschen Verhältnisse hineinragendes Interesse hätten, so könnte es höchstens das sein, die Verständigungspolitik mit deutschnationaler Hilfe zu führen, denn wenn selbst die deutschnationalen Politiker von ihrer Revanchepropaganda abließen, so würde das allerdings eine Befriedung der europäischen Verhältnisse bedeuten, die jedermann innerhalb und außerhalb Deutschlands nur lieb sein kann. Aber die Deutschnationalen haben durch ihr Verhalten ja leider gezeigt, daß sie an eine Abkehr von ihren alten Hetzmethoden gar nicht denken. Und darin liegt allerdings eine Gefahr, nicht bloß für Deutschland, nicht bloß für Frankreich und England, sondern für ganz Europa.

*

Deshalb kommt es im Augenblick nicht in erster Linie darauf an, ob der Vertrag von Locarno unterzeichnet wird. Sondern von entscheidender Bedeutung ist, ob nachher — auch gegen die deutschnationale Hetzagitation — eine Politik in Deutschland getrieben werden kann, die auch die Ausnutzung der Vorteile von Locarno ermöglicht. Die Voraussetzung dafür ist eine starke Regierung. Und die Voraussetzung für die Stärke der künftigen deutschen Regierung ist die Möglichkeit einer dauernden Mehrheit zur Stützung der Regierung im Parlament. Deshalb hat einen politischen Sinn weder das augenblickliche Rumpfkabinett, noch ein ergänztes Kabinett aus den Kreisen der Volkspartei und des Zentrums, noch auch eine „Regierung der Mitte". Zweck und Sinn hat nur die Bildung der Großen Koalition. Denn die Fruchtbarmachung der Verträge von Locarno ist nicht eine Frage von Wochen und von Monaten, sondern von Jahren. Es muß deshalb eine Regierung gebildet werden, die nun endlich einmal ruhige und stetige Arbeit im Interesse der deutschen Republik nach innen und nach außen für eine längere Periode garantiert.

*

Es ist keine Frage, daß die Bildung der Großen Koalition Verzichte sowohl bei der Sozialdemokratie, wie auch bei der Deutschen Volkspartei verlangt. Es ist kein Zweifel, daß dadurch rein parteipolitisch für beide Parteien gewisse Gefahren geschaffen werden. Aber man muß sowohl von der Volkspartei als von der Sozialdemokratie in diesem lebenswichtigen Augenblick den Mut auch gegenüber den eigenen Parteifreunden verlangen. Kommt es jetzt nicht zu einer befriedigenden Lösung, die einen Ausgleich der radikalen Flügelinteressen ermöglicht, so geht Deutschland einer Konfliktsperiode entgegen, an deren Ende die Gewalt von links oder die Gewalt von rechts stehen wird. Selbstverständlich lassen sich durch Anwendung aller möglichen parlamentarischen Kniffe und Schliche Brücken schlagen, die für die nächsten Monate tragfähig sind. Es wird sich schon irgendwie ermöglichen lassen, für Locarno im Reichstag eine Mehrheit zusammenzuschweißen. Aber was ist dann nachher? Nachher, wenn nun Politik gemacht werden soll? Glaubt man wirklich, über die steigende Wirtschaftsnot hinweggekommen ohne eine Reformpolitik großen Stiles? Will man nachher beim Völkerbundeintritt über die Völkerbundspolitik, über das Verhalten gegenüber den einzelnen Nachbarn von Fall zu Fall immer wieder grundsätzliche Debatten führen, Kabinette stürzen, neue Regierungsbildungen versuchen? Die Erschütterung des inneren Vertrauens, die dadurch hervorgerufen werden müßte, wäre in ihren Folgen unabsehbar. Schon setzen doch ganz ungeniert die Rechtsblätter die Hetzkampagne gegen die ganze Welt fort und peitschen von neuem die Leidenschaften auf. Schon wagt man immer lauter die Forderung nach einer Diktatur in die öffentliche Debatte zu werfen. Noch ist es Zeit, daß die Parteiführer sich erinnern, was auf dem Spiel steht. Aber wie lange noch, weiß niemand zu sagen. Unter der Oberfläche gärt es rechts und links. Und es besteht die dringende Gefahr, daß die Möglichkeit, das deutsche Schicksal zu wenden, die in Locarno eröffnet wurde, durch die Berliner Parteipolitik nicht ausgenützt werden kann.

*

Vielleicht wäre die Idee der Diktatur, die sich in Deutschland wieder hervorwagt, weniger gefährlich, wenn nicht die Gewaltherrschaft Mussolinis in Italien gewisse deutschnationale Kreise mit magischer Kraft anzöge. Und es ist nicht zu leugnen, daß auch eine große Anzahl von Deutschen, deren Einstellung nicht einmal unbedingt nach rechts geht, von den Fortschritten, die die italienische Wirtschaft seit dem Beginn der Mussolinischen Regierungszeit gemacht hat,

Painlevés Finanzprojekt

Der Kammerausschuß ablehnend

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wf **Paris**, 7. November

Der Ministerrat hat heute vormittag nach kaum zweistündiger Beratung das von Painlevé ausgearbeitete Projekt für die Finanzsanierung endgültig genehmigt. Das Projekt ist heute nachmittag dem Finanzausschuß der Kammer unterbreitet worden. Die Regierung hofft, daß der Finanzausschuß seinen Bericht binnen 48 Stunden vorlegt und die Kammerdebatte über das Projekt Montag nachmittag bereits beginnen kann.

Das Finanzsanierungsgesetz besagt: Zwecks Amortisierung der öffentlichen Schuld und Sicherstellung der Arbeit und der Ersparnisse wird eine außerordentliche Steuer beschlossen, die besteht:

1. Aus einer Kopfsteuer und
2. aus einer außerordentlichen Abgabe von dem beweglichen und unbeweglichen Besitz.

Die Kopfsteuer wird für die Dauer von vierzehn Jahren, vom 1. Januar 1926 ab gerechnet, eingeführt. Sie beträgt 20 Franken jährlich. Die außerordentliche Steuer auf den beweglichen und unbeweglichen Besitz kann entweder auf einmal oder in drei oder in vierzehn Jahreszahlungen abgezogen werden. Diese Steuer wird für die Einkommen zwischen 50 000 und 100 000 Franken auf 3 v. H., für die zwischen 100 000 und 200 000 Franken auf 4 v. H. und für die Einkommen über 200 000 Franken auf 5 v. H. festgesetzt.

Außerdem wird eine sogenannte Nationalsteuer auf das unproduktive bewegliche Vermögen geschaffen. Sie muß von allen Personen und Gesellschaften entrichtet werden, die dauernd in Frankreich ihren Wohnsitz haben. Befreit von dieser Steuer sind Personen und Gesellschaften, deren unproduktives bewegliches Vermögen 50 000 Franken nicht übersteigt, sowie die Personen, die Exterritorialität genießen. Eine Ermäßigung des vorhandenen Vermögens um 30 000 Franken tritt ein für die verheirateten bzw. verwitweten Personen, die für ihre Kinder zu sorgen haben, und 10 000 Franken für jede Person, die der Steuerpflichtige zu unterhalten verpflichtet ist.

Die neu zu gründende Tilgungskasse soll eine Jahreseinnahme von 8585 Millionen haben. Diese Summe soll erzielt werden

a) durch den Budgetertrag für den Zinsendienst der Schatzbons und der Bons für die nationale Verteidigung im Betrage von 2630 Millionen,
b) durch den Ertrag aus der Kopfsteuer von 200 Millionen,
c) durch den Ertrag der nationalen Abgabe vom beweglichen und unbeweglichen Besitz mit 4705 Millionen,
d) durch die Erhöhung der Besteuerung vom Ertrag der Industrie und der Landwirtschaft sowie vom Ertrag der Steuern auf unproduktive bewegliche Vermögen im Betrage von 1050 Millionen.

Die Steuer vom Ertrag der Industrie und des Handels soll allein 949 Millionen Franken erbringen. Außerdem ist vorgesehen, Staatseigentum zu veräußern.

Die außerordentliche Abgabe vom beweglichen und unbeweglichen Vermögen berechnet sich in der Hauptsache aus der Grundsteuer und zwar werden nur 15 v. H. erhoben. Allein die Steuer von beweglichen Werten soll 2275 Millionen Franken einbringen.

Der Finanzplan hat auf die Finanzkommission der Kammer einen außerordentlich schlechten Eindruck gemacht. Die Mehrzahl der Mitglieder der Kommission, insbesondere die Abgeordneten des Kartells, zeigten sich peinlich berührt und sehr zurückhaltend. Der sozialistische Abg. Vincent-Auriol übte in längeren Ausführungen eine äußerst scharfe Kritik an dem Finanzplan. Er wies darauf hin, daß im Grunde genommen nur ein Aufschlag auf die Einkommensteuer, nicht aber die verlangte Kapitalsteuer vorgeschlagen werde. Außerdem seien von den neuen Steuern frei Landwirtschaft, Vermögensbestände sowie schließlich das steuerpflichtige Einkommen der Beamten und der freien Berufe. Insbesondere warf Vincent-Auriol der Regierung vor, daß sie eine neue Notenemission von neun Milliarden Franken Papiergeld verlange, und zwar zur Hälfte zur einmaligen Speisung der Amortisationskasse und zur Hälfte für die laufenden Bedürfnisse des Staates.

Der Vertreter der Bank von Frankreich, Prevet, der an der Sitzung der Finanzkommission teilnahm, wies darauf hin, daß das geplante Abkommen über die Erhöhung der Vorschüsse an den Staat die flüssigen Mittel der Bank von Frankreich aufbrauche und die Bank also illiquid würde. Dadurch würde eine gefahrvolle Lage für Handel und Industrie geschaffen, da die Bank nicht mehr in der Lage sei, den berechtigten Anforderungen des wirtschaftlichen Lebens zu genügen.

Vincent-Auriol teilte zum Schluß der Sitzung mit, daß er morgen einen Gegenentwurf vorlegen werde. Damit ist bereits ein zweiter Gegenentwurf aus dem Lager des Linkskartells eingebracht worden. Der erste kam von Castelle.

In gut unterrichteten politischen Kreisen zeigt man sich außerordentlich besorgt darüber, ob es Painlevé gelingen wird, seine Stellung zu halten nach dem sehr verhängnisvollen Eindruck, den die Finanzkommission von seinem Sanierungsplan erhalten hat, und gewisse Kreise behaupten sogar, daß Painlevé selbst der Regierungstätigkeit müde sei.